

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . Kz 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährlich . . . 96.—  
jährlich . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
leistung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

## Macdonald erwägt Neuwahlen

London, 26. Juni. Wie der parlamentarische Korrespondent des „Daily Herald“ meldet, sprach Macdonald auf der gestrigen Sitzung der parlamentarischen Arbeiterpartei von der Möglichkeit einer Auflösung des Parlaments im Herbst dieses Jahres. Der Premierminister erklärte, infolge der Obstruktion der konservativen Partei sei die Regierung genötigt, verschiedene Gelegenheiten zurückzustellen; diese würden dann im Falle von Neuwahlen in das Programm der Partei aufgenommen werden.

## Eine Kulturhande!

Frankreich, Portugal und Belgien gegen Ab-  
schaffung der Zwangsarbeit in den Kolonien.

Paris, 26. Juni. Der Entwurf einer Konvention über die Abschaffung der Zwangsarbeit in den Kolonien ist heute von der Vollversammlung der internationalen Arbeitskonferenz in der ersten Abstimmung mit 78 gegen 12 Stimmen angenommen worden. Gegen die Konvention haben die Regierungsvertreter Frankreichs, Portugals und Belgiens und die Arbeitgebervertreter dieser Länder gestimmt.

## Blutbad in Bolivien.

34 Tote in La Paz bei Zusammenstößen mit  
Militär.

Buenos Aires, 26. Juni. Nach von der bolivianischen Grenze eintreffenden Nachrichten ist die Situation in Bolivien überaus ernst. Militäraustruppen gaben in La Paz gegen Teilnehmer an einer Kundgebung, die sich gegen die Regierung richtete, Gewehrsalven ab, wobei 34 Personen erschossen und mehr als hundert verwundet wurden. Eine große Anzahl von Personen wurden verhaftet. Die Bevölkerung des ganzen Gebietes ist durch das Vorgehen der Regierungstruppen auf das äußerste erregt.

Ein Privatbericht aus La Paz besagt, daß die Revolutionäre sich in den Besitz der Provinzen Cochabamba, Oruro, Potosi und Santa Cruz gesetzt hätten. La Paz sei isoliert und es sei jeden Augenblick zu erwarten, daß die Hauptstadt in die Gewalt der Revolutionäre fallen werde. Der Oberbefehlshaber der bolivianischen Armee, General Rumbi habe sich an die Grenzgarisonen um Hilfe gewandt. Zwei Regimenter haben sich geweigert, gegen die Rebellen zu kämpfen. Außenminister Medina habe in der amerikanischen Gesandtschaft Zuflucht gesucht.

## Papst darf seine „Angelegenheiten ordnen“?

Schober wird darüber von der „Reichspost“ gelobt.

Wien, 25. Juni. Amtlich wird gemeldet: In Fortsetzung der am Samstag im Bundeskanzleramt durchgeführten Aussprache des Bundeskanzlers mit den Delegierten der Heimwehren haben sich heute neuerlich die Heimwehrdelegierten mit dem Landeshauptmann Dr. Rintelen beim Bundeskanzler eingefunden. Hierbei wurde auch die Angelegenheit Papst erörtert. Bezüglich einer dem Major Papst zur Ordnung seiner Angelegenheit zu erteilenden Aufsenhaltsbewilligung, gegen welche die Regierung im Prinzip keine Bedenken hat, wird die Entscheidung in der nächsten Zeit erfolgen.

Die Selbstschutzwverbände bemerken in einer Veröffentlichung zu dieser amtlichen Verlautbarung, daß sich bei den Besprechungen zweifellos eine Annäherung zwischen Bundeskanzler und Heimwehr ergeben haben.

Die „Reichspost“ nimmt die Mitteilung von der Verständigung zwischen Regierung und Heimwehr mit großer Genugtuung auf und sieht darin einen Beweis „hohen Verantwortungsgefühls“ und „politischer Einsicht“, was in Österreich, das am Vorabend eines Wahlkampfes stehe, von großer Tragweite sei.

## Blutige Gouverneurswahlen in Mexiko

Juarez (Mexiko), 26. Juni. (Reuter.) Bemerkenswerter Anhänger des Gegenkandidaten für den Gouverneursposten unternahm heute einen Angriff auf den Regierungspalast in Chihuahua. Drei Abgeordnete und der Polizeidirektor von Chihuahua wurden getötet. Der jetzige Gouverneur Francisco Almada begab sich in einem Flugzeug hierher und erklärte Juárez zum Sitz der Regierung.

## Budget für 1931 genehmigt.

13. Gehalt und Invaliden bereits berücksichtigt. — Erhöhung der Dotation des Fürsorgeministeriums.

Prag, 26. Juni. Heute fand der letzte Ministerrat vor den Ferien statt, in dem das Budget für 1931 in den Grundzügen genehmigt wurde. Die Ausgaben werden diesmal um rund 450 Millionen Kronen höher sein als im Vorjahr, also über 9,8 Milliarden betragen. An dieser Erhöhung partizipieren die erst neuer im Haag festgesetzten Reparationszahlungen und die Mehrausgaben auf Grund der in letzter Zeit neu beschlossenen Gesetze (Altpensionisten, Wohnbau-, Fürsorge, Genter System usw.), andererseits wurden auch die noch nicht verabschiedeten Entwürfe über den 13. Monatsgehalt, die Besserstellung der Schwerkranken und die Kosten der Restemisierung bereits berücksichtigt. Auch die Fürsorge für die Kurzarbeiter, die zu einer allgemeinen Hilfs-

tion für die Familien Arbeitsloser und Kurzarbeiter ausgestaltet werden soll, ist im Budget berücksichtigt; es werden zu diesem Zweck zehn Millionen zur Verwendung auf administrative Wege bereitgestellt. Das Budget des Fürsorgeministeriums erfährt eine Erhöhung um rund 45 Millionen.

Auch die Einnahmenseite des Budgets wurde entsprechend erhöht, so daß das Budget wie im Vorjahr mit einem kleinen Plus abschließt.

Der heutige Ministerrat war der letzte vor den Ferien. Der Ministerpräsident Udrzal wird in den nächsten Tagen seinen Urlaub antreten, den er in Dalmatien verbringt; während seiner Abwesenheit wird ihn Ernährungsminister Vechynä vertreten.

## Stellung zur ungarischen Königsfrage unverändert ablehnend.

Die Außenminister der Kleinen Entente tagen.

Strasßé Meis, 26. Juni. Die heutigen Beratungen der drei Außenminister der Kleinen Entente begannen um 10 Uhr und endeten um 12 Uhr. Ueber die Zusammenkunft wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben:

„Die zweite Zusammenkunft der Außenminister der Staaten der Kleinen Entente fand Donnerstag, den 26. Juni, vormittags statt. Die Minister tauschten ihre Ansichten über die Denkschrift des Herrn Briand aus und prüften deren Prinzipien, die darin enthaltenen konkreten Vorschläge und die Arten ihrer Applikation. Es wurde konstatiert, daß die Initiative des Herrn Briand dem auf eine vollkommene internationale Organisation im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens und der friedlichen Entwicklung der gesamten Menschheit abzielenden allgemeinen Wunsche entspricht. Diese Initiative steht im hohen Einklang mit den Zielen, welche die Politik der Staaten der Kleinen Entente verfolgt.“

Die drei Außenminister einigten sich grundsätzlich über die konkreten Anregungen der Denkschrift des Herrn Briand und über die Vorschläge, die sie in dieser Angelegenheit auf der Genter Konferenz, wo das Problem eingehend besprochen werden wird, machen werden. Hierauf wurde das Verhältnis unter den einzelnen Staaten Mitteleuropas geprüft, wie es sich infolge der im Haag und in Paris getroffenen Abmachungen darstellt. Es wurde konstatiert, daß nunmehr eine Besserung dieser Verhältnisse ermöglicht ist, weil eine Anzahl dieser schwierigen Fragen erledigt ist. Die Minister beschloßen, in jedem Falle darauf zu beharren, daß die internationalen Verträge ausreicht erhalten werden. Die Minister gingen auch in die Aussprache über die praktische Durchführung der Pariser Abkommen ein. Diese Aussprache wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden.“

Nach der Konferenz empfing Außenminister Dr. Benes die Journalisten und gab ihnen einige Aufklärungen. In Angelegenheit der Denkschrift der französischen Regierung wurden die Prin-

zipien festgelegt, auf Grund deren jeder der drei Staaten das Briandsche Memorandum separat beantworten wird. Diese Antworten werden jedoch in identischem Geiste gehalten sein. Eventuelle Vorbedingungen oder besondere Ansichten zu diesen Fragen haben sich die Minister für die Diskussion in Genu vorbehalten.

Weiter wurden nicht nur das Verhältnis zu Ungarn, sondern auch die Verhältnisse zu den übrigen Staaten Mitteleuropas behandelt. Es wurde die noch den Haag und den Pariser Abmachungen und nach der Liquidation verschiedener Streitfragen eingetretene Aenderung der Verhältnisse durchgesprochen. Mit Ruhe läßt sich eine Besserung der Verhältnisse in Mitteleuropa konstatieren. Weiter wurden einige konkrete Fragen der Durchführung der Pariser Abkommen, wie z. B. der Fonds A u. a., behandelt.

Auf die Frage eines Journalisten, ob auch die sogenannte Königsfrage in Ungarn angeschnitten wurde, erwiderte Minister Dr. Benes, die Kleine Entente habe schon früher einen klaren Standpunkt in dieser Angelegenheit eingenommen und es bestehe kein Grund, etwas daran zu ändern.

## Militärische Behauptungen dementiert.

Strasßé Meis, 26. Juni. Bei dem heutigen Empfang der Journalisten durch den Außenminister Dr. Benes machte einer der Anwesenden den Minister auf die Gerüchte aufmerksam, die in reichsdeutsche Blätter Eingang gefunden haben und in denen behauptet wird, daß gleichzeitig mit der Konferenz der Außenminister der Kleinen Entente Beratungen militärischer Fachleute der Kleinen Entente in Tatra Lomitz stattfinden. Dr. Benes erwiderte darauf: Sie können bestimmt erklären, daß nichts Derartiges geschieht und daß es sich um eine pure Erfindung handelt.

## Die letzten Besatzungstruppen verlassen das Rheinland.

Paris, 26. Juni. Dem „Echo de Paris“ zufolge wird heute General Mangin die letzte Militärparade über die Reste der französischen Okkupationsarmee in Landau abnehmen. Hierauf begibt sich der General mit dem ganzen Stab nach Frankreich zurück.

Heute werden die beiden letzten französischen Infanterieregimenter aus Trier abgeführt. Die Tricolore auf dem neuen Regierungsgebäude, in dem das französische Hauptquartier untergebracht war, wird heute eingeholt werden.

General Guillaumat und die letzten in Mainz weilenden französischen Soldaten werden am 30. Juni mittags um 1 Uhr 30 Minuten mit einem Sonderzug die Stadt verlassen.

## Aufruf der Eigen für Menschenrechte.

Berlin, 26. Juni. Aus Anlaß des Abzuges der französischen Besatzungstruppen veröffentlicht die deutsche und die französische Liga für Menschenrechte eine gemeinsame Kundgebung, in der es u. a. heißt: Es ist ein denkwürdiger Tag in der Geschichte der deutsch-französischen Annähe-

rung. Wenn die beiden Völker die ihnen fortan bestimmten Rollen gehörig erfassen, wird dieser Tag in der Geschichte Europas als einer der größten Ereignisse des 20. Jahrhunderts gelten müssen. Damit aber die Hoffnungen für die künftige Entwicklung sich verwirklichen, ist es notwendig, daß Deutschland offen und ehrlich jene Parteien und Menschen verstoße, die nichts gelernt und alles vergessen haben und von einer militärischen Revanche die Wiederaufrichtung des gestürzten Kaiserreiches erwarten, und es ist notwendig, daß Frankreich voller Achtung vor den Festsetzungen des Vertrages, den es unterzeichnet hat, entschlossen den Weg der wirklichen Abrüstung beschreite. Damit diese Hoffnungen sich verwirklichen, ist es notwendig, daß die Beziehungen des Geistes, die Beziehungen des Wirtschaftslebens, aber auch die Beziehungen von Mensch zu Mensch besonders unter den Kindern und Jugendlichen, die nichts wissen von dem alten Haß, sich vervielfältigen und enger gestalten und daß die Solidarität zwischen Frankreich und Deutschland so befestigt, daß ein Konflikt zwischen den beiden Staaten ihren Bürgern als ein Brudermord erscheine.

## Um die Volksschule.

Die Sozialdemokratie wehrt einen reaktionären Angriff ab.

Unsere Volksschule hat durch den Krieg und die Nachkriegszeit unendlich gelitten. Im Weltkrieg waren viele Lehrer eingezogen. Schulklassen mußten zusammengezogen werden, die Erziehung und Ausbildung der heranwachsenden Generation wurde vernachlässigt. Nach dem Kriege kam dann der Angriff auf das deutsche Volksschulwesen, dem 300 Schulen und 3000 Schulklassen zum Opfer fielen. Wie viele Orte gibt es, in denen früher fünf- und sechsklassige Schulen gewesen waren und die nun auf zwei- und dreiklassige Schulen hinunterorganisiert wurden, ein großer Teil unseres Nachwuchses erhält keine Erziehung in einlässigen Schulen und tritt mit einem ganz unzulänglichen Wissen in den schweren Kampf ums Dasein.

Die Verhältnisse wurden noch unerträglicher, als die Zahl der Schulkinder seit etwa 1925 zu steigen begann, als die Kinder, welche in den ersten Nachkriegsjahren, da die Geburtenhäufigkeit gestiegen war, schulpflichtig wurden. Ueberfüllte Schulklassen, mangelnde Räume waren an der Tagesordnung, der Unterrichtsbetrieb war erschwert und wurde zu einem Martyrium für Schüler und Lehrer. Das bestehende Gesetz setzt die Höchstzahl der Schüler in einer Klasse in mehrklassigen Schulen mit 70, in einlässigen mit 60 fest, es müssen also 71 bzw. 61 und zwar anrechenbare Schüler in einer Klasse sein, damit die Klasse geteilt wird. Da es aber in den Schulen viele in die Zahl nicht einrechenbare Kinder (Ausländer, noch nicht sechs Jahre alte etc.) gibt, gab es Klassen mit 80, ja sogar vereinzelt bis 90 Schüler, in denen die Erreichung des Lehrzieles schlechthin ausgeschlossen war und die Kräfte des Lehrers überstiegen.

Diese Schulnot war eine der größten Sorgen der deutschen sozialdemokratischen Landesvertreter, als die neugewählten Landesvertretungen zusammentraten. Einer der ersten Anträge, welchen unsere Landesvertreter stellten, war die Herabsetzung der Höchstschülerzahl in den Volksschulen auf 40, wobei wir uns auf das Beispiel anderer Länder berufen haben. Wir konnten diese Forderung nicht durchsetzen und haben in wochenlangen Verhandlungen, in denen uns die tschechischen sozialdemokratischen Landesvertreter wirksam unterstützten, einen Beschluß der Landesvertretung herbeigeführt, wonach die Höchstzahl der Schüler einer Klasse von 70 auf 60 (in mehrklassigen) und von 60 auf 50 (in einlässigen) Schulen herabgesetzt wurde. Die tschechischen Parteien traten für diese Forderung in der richtigen Erkenntnis ein, daß dies auch den tschechischen Schulen zugute komme und so kam ein einstimmiger Beschluß der Landesvertretung zustande.

Man sollte nun glauben, daß die böhmische Landesschulbehörde, der Landesschulrat, diesen Beschluß mit Freuden begrüßen und mit beiden Händen zulangen werde, um die von der Landesvertretung beschlossene schulfreundliche Reform — in das Landesbudget wurden vier Millionen Kronen eingestellt, aus denen der personelle Mehraufwand (Lehrergehälte) gedeckt werden sollte — durchzuführen. Weit gefehlt! Die reaktionäre Bürokratie im Landesschulrat ignorierte den Beschluß zunächst und erst als der Landespräsident über einstimmigen Beschluß der Landesfinanzkommission beim Landesschulrat einschritt, bequente sich der Präsident des Landesschulrates, der Nationaldemokrat Bolltzer dazu, den verlangten Erlaß herauszugeben, und den Beschluß der Landesvertretung durchzuführen — allerdings nachdem die Herren im Landesschulrat den Erlaß sechs Wochen im Expedientienkasten gelassen hatten. So schaut die Schulfreundlichkeit der Landesschulbehörde in Böhmen aus!

Die Folgen der Herabsetzung der Höchstschülerzahl waren außerordentlich bedeutsam.



### Die Unverantwortlichen.

Die vorzeitige Vertagung der Parlamentssession und des restlichen Arbeitsprogramms der Koalition hat selbstverständlich den oppositionellen Gruppen Anlaß und Gelegenheit zur Kritik gegeben. An dieser Kritik beteiligen sich seit Tagen auch, wie immer in solchen Situationen, die sogenannten „unpolitischen“ Blätter, die größere und kleinere Provinzpresse, die „über den Parteien“ steht und an allen etwas auszuheben hat. Wenn diese Kritik sich in einer Richtung bewegt, könnte man sie immerhin noch als Äußerung einer zwar privaten und unverantwortlichen aber ehrlichen Meinung ansehen. Tatsächlich aber kritisieren die bürgerlichen Blätter nicht eine Ansicht, um die andere dafür zu verfechten, sondern sie suchen in gleicher Weise alles als Unbann oder bösen Willen hinzustellen.

Da werden auf der einen Seite etwa die Staatsangestellten dauernd ermuntert, Forderungen zu stellen, da heuchelt man ihnen eitel Sympathie vor und sucht sich, da man ja selbst keine Verantwortung und keine Sorgen um die Bedeckung hat, bei ihnen gefällig zu machen, indem man über die Verschleppungstaktik des Parlaments, über den Unersit der Parteien usw. mit kräftigen Worten loslegt. Ist aber die Koalition zu einer Lösung bereit und sucht sie nach der finanziellen Bedeckung, dann kann man sicher sein, daß dieselben Blätter als Anwälte der Steuerträger, der Industrie, des Gewerbes, der Landwirtschaft und aller irgendwie interessierten Schichten auftreten, um gegen die Steuern, gegen die Form der Bedeckung zu gehen.

Natürlich sind alle diese Blätter bürgerliche, oft der einen oder anderen Partei sogar sehr nahe stehende, Zeitungen und sie vergessen über ihrer Kritik an „den Parteien“ nicht, den Sozialisten im besonderen ein am Zeige zu flicken. Wären sie ehrlich, so müßten sie natürlich den Beamten und Staatsangestellten sagen: Euer Wunsch scheitert am Widerstand der bürgerlichen Parteien; oder den Steuerträgern: Wenn ihr eine grundsätzliche andere Steuerpolitik wünscht, dann müßt ihr sozialistisch wählen; oder den Konsumenten: die bürgerlichen Parteien berücksichtigen Euch nicht und die Sozialisten können als Minderheit eben nicht alles durchsetzen. Die unverantwortliche Presse argumentiert aber ganz anders. Wird um irgendein Problem gestritten, so steht sie auf Seiten der Bürgerlichen, fabelt von den unverschämten und demagogischen sozialistischen Forderungen und heßt die öffentliche Meinung gegen die Sozialisten auf. Sind die Sozialisten dann gezwungen, ein Kompromiß zu schließen, so werden für die unangenehmen Seiten solchen Kompromißwerkes nicht die Bürgerlichen, sondern die Sozialisten verantwortlich gemacht. Nicht, daß die Bürgerlichen ein soziales Gesetz verhindert oder verschlechtert haben, wird betont, sondern daß die Sozialisten die Verhinderung oder Verschlechterung duldeten.

Das nordböhmische Fabrikantenblatt z. B., das der Nationalpartei nahesteht, aber doch eine von den unverantwortlichen Zeitungen ist, sieht in der Vertagung des 13. Gehalts nicht vielleicht einen Beweis für den mangelnden Willen der Bürgerlichen, den Staatsangestellten zu helfen, sondern einen Beweis dafür, „daß die derzeitige Koalition von nichts anderem als von hemmungslöser Parteidemagogie beherrscht wird“. Die „Koalition hat vollkommen versagt“, aber nicht vielleicht durch die Unnachgiebigkeit der Bürgerlichen, sondern durch die Demagogie aller, wobei man besonders bemüht ist, den Sozialdemokraten eins auszuweisen, die für die sozialpolitischen Forderungen allezeit mit ganzer Kraft eingetreten sind.

Es ist natürlich sehr bequem, sich bei seinen Lesern, bei den Mitläufern verschiedenster Parteien, bei berufsmäßigen Raunzern und Nörglern durch die Kritik am Parlament und an den Parteien beliebt zu machen, es ist weit aus billiger als wirklich verantwortungsvolle Kritik zu üben und vorteilhafter als objektiv die Wahrheit zu berichten. Würden die „neutralen“ Zeitungen wahrheitsgemäß über die Vorgänge im Parlament und über die politischen Ereignisse berichten, so würde wahrscheinlich ein Großteil der Wähler klarer sehen, vernünftiger entscheiden und die Koalitionsschwierigkeiten wären geringer, die Position der Sozialisten stark genug, um berechtigten Forderungen breiter Volksschichten entgegenzukommen. Die unverantwortliche — nicht unpolitische — Presse aber trägt zur Verwirrung der Köpfe und zur Irreführung der Wähler das meiste bei, um nachher billige Kritik üben, um heben und durch die jämmerlichsten Mittel ein paar Leser fangen zu können. Die gegenwärtige Heße ist sehr gut geeignet, den Arbeitern vor allem die schädliche Rolle und die üblen Praktiken dieser Presse vor Augen zu führen, die in der unmoralischsten Weise selbst durch jene wüsten Demagogie, die sie den Parteien vorwirft, ihr Geschäft zu fördern!

## Die Solon als Zuträger der jugoslawischen Polizei.

### Der Vizepräsident der Solongemeinde macht sich zum Handlanger faszistischer Schergen!

Der „demokratische“ Solon, stolz auf seine geistige und historische Verbundenheit mit der Freiheitsbewegung nicht nur seiner Nation, sondern der Völker überhaupt, auf seinen Kampf gegen Polizeigewalt und Willkür, hat es herrlich weit gebracht! Nicht nur, daß er Waffen-delegationen in das faszistische Südslawien entsendet, damit sie beim Belgrader Solokongreß dem eiddrängigen König Alexander und seinem Generalmajor Zivkovic die Reverenz der Demokratie erweisen, macht sich die so demokratische Solongemeinde zum Werkzeug Belgrader Polizeiwilkr.

Das „Čeŝke Slovo“ erzählt — leider kaum entrüstet über die Niedrigkeit, von der es berichtet — folgende merkwürdige Geschichte: In der Nacht auf Donnerstag fuhr vom Wilschbahnst. 2652 Solon nach Belgrad. Der erste Zug stand unter der Führung des Vizepräsidenten der Solongemeinde, Vinzenz Štěpánek. Die Führer der weiteren drei Züge erhielten eine schriftliche Instruktion Štěpáneks mit dem Bilde eines unbekannten Mannes. Die Instruktion lautet:

Wenn Du einen Mann nach dieser Photographie in Deinem Transport hast, übergeb ihn in Marburg der jugoslawischen Polizei!

Mehr erfahren die Unterführer von Herrn Mussolinidek Štěpánek nicht. Warum sie den schandbaren Auftrag ausführen, weshalb sie sich zu Bütteln der jugoslawischen Polizei hergeben sollen, wird ihnen nicht verraten. Herr Štěpánek weiß, was sich für einen demokratischen Soloführer gehört, wenn man ins Land des Diktators Zivkovic, in die Stadt der berüchtigten „Glawnjaca“ der folternden Belgrader Polizei, zu Gasse fährt.

Das „Čeŝke Slovo“ sieht ein, daß es sich hier um keinen gemeinen Verbrecher handeln kann. Man zu verhaften wäre Sache der Polizei und nicht des Štěpáneks. Was immer er verbrochen hätte und wo immer er es getan hätte, in der Tschechoslowakei oder in Südslawien, die Prager Polizei könnte ihn jederzeit verhaften, hätte ihn vor Abgang des Zuges verhaften können. Ja es kann sich nicht einmal um einen „lästigen Ausländer“ handeln, der die Gastfreundschaft der Republik mißbraucht hätte, denn auch dann hätte die Polizei gegen ihn einschreiten können.

Es kann sich nur um einen politischen Flüchtling handeln, der in seine Heimat zurückkehren — vielleicht nur einmal seine

Heimat besuchen, Weib und Kind sehen will, gegen den die serbische Polizei nichts ausrichten kann, weil geschlechtlich kein Grund besteht, ihn auszuliefern, und den sich die Schergen der Glawnjaca nun durch die Vermittlung des Oberdemokraten Štěpánek ans Messer liefern lassen.

Ein Kavallerier, der Herr Štěpánek! Und ein treuer Bundesbruder obendrein, der einen Mann, der seine Uniform trägt, der im Solokleid reist und doch wohl ordentliches Mitglied eines Solon sein muß, hinterläßt den Bütteln eines fremden Staates ausliefert. Wenn der redliche Sinn des Soloführers es nicht vermag, daß ein armer Teufel, der vielleicht von Haus und Hof vertrieben, in der Fremde lebt und einmal seine Lieben sehen möchte, daß ein Flüchtling, der Gastrecht sucht, wider das faszistische Gesetz die serbische Grenze überschreitet, so bliebe ihm immer noch die Wahl frei, ein Barbar zu sein und den Mann auf tschechoslowakischem Boden wieder auszuwandern zu lassen. Nein, der Herr Štěpánek nimmt ihn mit, um ihn in Marburg der Polizei zu übergeben.

Wir wollen gar nicht untersuchen, aus welchen Motiven dieser Menschenhandel erfolgt und auf welchem Wege der Soloführer in Verbindung mit der Polizei des Zivkovic kam, der allem Anschein nach hierzulande seine Spindel unterhält und sich informieren läßt. Vorüber wir uns wundern, daß ist der Gleichmut, mit dem die tschechische Öffentlichkeit, die tschechische Presse diesen Judasakt eines einflußreichen Mannes zur Kenntnis nimmt.

Hoffentlich entgeht der Unglückliche, dem die Folter jugoslawischer Gefängnisse droht, seinem Los durch einen Zufall oder durch die honorvolle Gefinnung eines Unterführers, der solchen Befehl den Gehorjam weigert! Bezeichnend für den Verfall des Solon bleibt diese Affäre auf jeden Fall. Es wäre angebracht, daß einer der Männer, die auch im Solon noch Autorität genießen, seinen Vereinsbrüdern aus diesem Anlaß ein Privatstimulium über demokratische Pflichten, über gewisse Ehrbegriffe und die Solidarität der Slawen hält, die sich doch wohl anders auswirken kann, als in der Verschäderung eines slawischen Bruders an die Polizei seines Vaterlandes, dessen ehemals österreichische Provinzen frecklich selbst unter magyarischer und habsburgischer Herrschaft mehr Rechte hatten, als ihnen der nationale Befreier Alexander heute gewährt!

## Brüning will doch parlamentarisch regieren!

Berlin, 26. Juni. (Eigenbericht.) Der Reichskanzler Brüning ist heute nach Ostpreußen zum Reichspräsidenten gefahren, um die Ernennung des Reichswirtschaftsministers Dietrich zum Reichsfinanzminister vorzuschlagen. Der Reichskanzler will jedoch nicht um besondere Vollmachten ersuchen, wonach auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung die Deckungsvorlagen auf dem Verordnungsweg durchgeführt werden sollen. Die Deckungsgesetze werden vielmehr auf normalem parlamentarischem Weg einzeln behandelt werden. Eine Ermächtigung für

das Kabinett soll erst im Herbst verhandelt werden.

### Dietrichs Ernennung vollzogen.

Berlin, 26. Juni. (Wolff.) Der Reichspräsident hat nach dem heutigen Vortrag des Reichskanzlers den Reichsminister Dietrich unter Entbindung vom Amte des Reichswirtschaftsministers zum Reichsfinanzminister ernannt und dem Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Trendelenburg bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers beauftragt.

### Den Hod zum Gärtner.

Freid will sich eine Halbkreuzmilch schaffen.

Berlin, 26. Juni. (Eigenbericht.) In der Klage wegen der Sperrung der Polizeijurisdiktion für Thüringen durch das Reich wird jetzt von der thüringischen Regierung der Erlass einer einstweiligen Verfügung beantragt, wonach das Reich die Polizeijurisdiktion bis zur endgültigen Entscheidung durch den Staatsgerichtshof im bisherigen Umfang an Thüringen weiter zahlen soll. Zur Begründung wird gesagt, wenn die Jurisdiktion nicht mehr gewährt werden sollten, so würde Thüringen nichts anderes übrig bleiben, als andere Wege zu suchen, um den Unterhalt der notwendigen Polizeikräfte zu verbilligen. Die einzige Möglichkeit dazu sei, den jetzt vorhandenen künftigen Polizeibeamten zu kündigen und den Polizeifiskus, den bisher die Landespolizei verschaff, zum großen Teil durch persönliche Dienste nicht beamteter Staatsbürger wahrnehmen zu lassen.

Damit wird die Absicht kundgegeben, eine Art nationalsozialistischer Miliz zu bilden. Diese Absicht ist auch von dem nationalsozialistischen Regierungsmitglied Staatsrat Marschler in der Vorwoche in einer öffentlichen Versammlung in Sachsen kundgegeben worden.

### Berlin ohne Budgetmehrheit.

Berlin, 26. Juni. (Eigenbericht.) Vor Beginn der heutigen Berliner Stadtverordnetenversammlung trat die deutschnationalen Fraktion zusammen, um sich über ihre Stellungnahme zum Berliner Etat schlüssig zu werden. Die Mehrheit der Fraktion beschloß, den gesamten Etat abzulehnen. Da bei der Zusammenkunft der Stadtverordnetenversammlung die

## Deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge.

Vertretertag — Frauentag.

Am 21. und 22. Juni fand in Trautau der diesjährige Vertretertag der deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen und ihrer Zweigvereine statt. Im Mittelpunkt der Beratungen stand das sogenannte Schulaufsichtsgesetz (Gesetz Nr. 256 vom 30. Juni 1921 betreffend den Schutz der in fremder Pflege stehenden und der unehelichen Kinder, wozu die Durchführungsvorordnung erst jüngst vom Minister Dr. Czech herausgegeben wurde), dessen große Bedeutung für die schutzbedürftige Jugend und damit auch für die Organisationen der freiwilligen Jugendfürsorge erst im Laufe der Durchführung in weiteren Kreisen erkannt werden dürfte.

Der Vertretertag wurde Sonntag, den 21. Juni, im Antezensitz von etwa 150 Delegierten eröffnet. Den im Druck vorgelegten Bericht über die Jahresstätigkeit ergänzte Erziehungsrat Dr. Heller. Geradezu niedererschlagend wirkte die Feststellung, daß die Beiträge der Selbstverwaltungskörper, die vor Inkrafttreten des Gemeindefinanzgesetzes bis zu 11 Prozent der Gesamtjahreseinnahmen der deutschen Landeskommission beitragen, durch die Droßelungsmaßnahmen dieses Gesetzes bis unter die Hälfte herabgesunken sind. Die gegenwärtige Lage der Finanzen der Selbstverwaltungskörper droht geradezu zu einer Lahmlegung der Bezirksjugendfürsorgen zu führen, wenn nicht sehr bald eine Änderung herbeigeführt wird. Dem von Oberdirektor Dr. Wenzel vorgetragenen Massabericht war zu entnehmen, daß den Einnahmen von 4.110.383,93 K Ausgaben in der Höhe von 3.916.798,84 K gegenüberstehen.

Am Nachmittag wurde unter Vorsitz der beiden Vizepräsidenten, Architekt Prof. Kühn und Abgeordneter Genosse Schäfer, die Durchführung des Schulaufsichtsgesetzes bis ins einzelne durchberaten.

Der Vertretertag wurde unter dem Eindruck geschlossen, daß mit der Schulaufsicht auf die freiwillige Jugendfürsorge nicht nur große und bedeutungsvolle neue Fürsorgearbeiten übertragen worden sind, sondern hauptsächlich auch ein großes und bedeutungsvolles Erziehungswerk der Gesellschaft selbst. Der Gesetzgeber hat erkannt, daß man fürsorgereiche und erzieherische Arbeit nicht durch starre Formen um ihr Leben bringen darf, sondern daß gerade hier das Feld für freie Mitarbeit der Gesellschaft offen bleiben muß. Der Vertretertag erkannte, daß die deutsche Jugendfürsorge zwar neue schwere Verpflichtungen übernommen hat, daß damit aber auch ein ganz bedeutender Aufschwung der Arbeit zu erwarten sein wird.

Im Anschluß an die Vertreterversammlung wurde am 22. Juni eine Frauentagung abgehalten. Unter dem Vorsitz des Frauenrates der deutschen Landeskommission verammelten sich 94 Vertreterinnen von 37 Bezirksfrauenvereinen, um über die Aufgaben der nächsten Zeit zu beraten. Den Tätigkeitsbericht erstattete Frau Fachlehrerin Emma Rott-Reichenberg.

Sodann hielt Landesvertreterin Genossin Maria Deutsch einen Vortrag über Familien- und Heimerziehung. Sie legte dar, daß die Familie als erste und natürliche Erziehungsstätte in den Hintergrund gedrängt wird. Durch die Arbeit von Vater und Mutter werden die Kinder sich selbst überlassen, die fortschreitende Gefährdung führt zur Verwahrlosung und endlich zur Fürsorgeerziehung. Die Errichtung von Tagesheimstätten, wo die Kinder tagsüber nicht nur behütet, sondern auch verpflegt und erzogen werden, ist notwendig. In der Diskussion betonte Genossin Schäfer, daß den aus den Anstalten und Heimen austretenden Mädchen bis zur Selbständigkeit die Schulaufsicht durch die in der Jugendfürsorge tätigen Frauen zuteil werden müsse, während Stadtphysikus Gen. Dr. Gruschka darauf hinwies, daß die Anstalten so eingerichtet werden müssen, daß sie eine vollwertige Erziehung verbürgen und daß in ihnen weder Licht- noch Liebesmangel herrschen dürfe. Ueber die sozialen Ausbildungsmöglichkeiten für die Frau sprach Frau Fachlehrerin Rott.

Zum Schluß wurden mehrere Entschlüsse angenommen, von denen die eine für die Errichtung einer höheren deutschen Fürsorgeschule in Böhmen eintritt, eine andere die Einführung der weiblichen Polizei vertritt und eine dritte die Forderung aufstellt, daß in den Gemeinden weibliche Armenpflegerinnen herangezogen werden.

### Auch das Unterhaus reduziert sein Arbeitsprogramm.

London, 26. Juni. (AP.) Wegen des allzu großen Umfangs der parlamentarischen Arbeit wird das Unterhaus nicht das gesamte ursprünglich abgesteckte Gesetzgebungsprogramm erledigen können. Der Premierminister bedauert in einer Erklärung, daß die Gesetzentwürfe über den Konsumenten-Rat und über den Schulunterricht nicht werden zur Sprache kommen können. Der Gesetzentwurf über den Konsumenten-Rat richtet sich gegen den Lebensmittelwucher; das Unterhaus werde sich mit ihm gleich zu Beginn der neuen Session befassen. Macdonald hofft, daß die gegenwärtige Session Ende 3 Juli wird geschlossen werden können.

**Genossen!** Ihr müßt ausgeht 1 2 3 die Verbreitung unserer Zeitung agitieren. Setzt euch überall für unsere Parteipresse ein. In das Heim des Arbeiters gehört die Arbeiterpresse. Darum, Genossen u. Genossinnen **agitiert**

Deutschnationalen ausschlaggebend sind, war damit die Annahme des Budgets unmöglich geworden. Kurz nach Beginn der Stadtverordnetenversammlung rief der Berliner Bürgermeister Scholz die Fraktionsführer zusammen, um mit ihnen die durch den deutschnationalen Beschluß geschaffene Lage zu besprechen. Die übrigen Parteien erklärten, daß weitere Besprechungen zwecklos seien. Man kam dahin überein, den Ausgabenetat fertigzustellen, damit dem Oberpräsidenten von Brandenburg, dem jetzt die Aufgabe zufällt, den Etat von Amts wegen festzusetzen, diese Aufgabe erleichtert werde.

### Arbeitszeit im Bergbau.

Vor dem Plenum der Internationalen Arbeitskonferenz.

Genf, 26. Juni. Der Konventionentwurf über die internationale Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau ist heute vormittag vor die Vollversammlung der Internationalen Arbeitskonferenz gebracht worden. Ein Antrag der Arbeitsberggruppe, die endgültige Entscheidung über den Konventionentwurf bis zur Arbeitskonferenz im Jahre 1931 zu vertagen, wurde nach einer teilweise sehr erregten Debatte in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Die Konferenz trat sodann in die allgemeine Aussprache über die Konvention ein.

### Ausdehnung des Boykotts.

Bombay, 26. Juni. Eine außerordentliche Versammlung der hiesigen Baumwollmüller beschloß, die indischen Kaufleute auszufordern, noch vor dem 1. Juli ihre Gelder aus den britischen Banken zurückzuziehen und alle Beziehungen zu diesen Banken abzubrechen.

# Tagesneuigkeiten.

## Sittlichkeit der Boulevardpresse.

„In jedem Zimmer war ein Divan.“ Aus einem Bericht des „Poledni list“ über die Aufhebung eines Prager Massage-salons.

Das „Poledni list“, welches das Schönheitspflaster auf dem Antlitz der öffentlichen Meinung zu sein glaubt, ist diesmal, wie so oft, wenn die „Moral“ gefährdet erscheint, die „Moral“ von deren Beachtung man doch lebt, mit einer besonders interessanten Sache zur Stelle. Die Prager „Massage-salons“ haben es ihm angetan — ihm, der Stadt und der Polizei. Nebenbei sind diese Massage-salons, die das Wort Massage lediglich als schmückendes Beiwort zu der genaueren Bezeichnung „Salon“ tragen, keine ausgesprochene Prager Eigenschaft, wie man nach dem moralischen Geschrei der bürgerlichen Blätter aller Schattierungen urteilen könnte, sondern sie finden sich in jeder mehr oder weniger großen Stadt vor, „gefährden“ hier wie anderwärts die Moral, eine Moral, die sich nicht scheut, sich in denselben Tagesblättern zu entrüsten, in welchen sie inseriert, wo die Stätten zu finden sind, an welchen man sich ihrer, der Moral, entledigen kann. Schon das allein ist eine Moral bei der Geschichte.

Aber das ist eine Sache für sich, über die das „Poledni list“ nicht gerne spricht und andere Blätter auch nicht. Das bringt nun mal so der Beruf mit sich, denn der Mensch muß doch von Erwerb leben. Und jeder erwirbt soviel als er nur kann und so gut er es versteht.

Der Jiri Stiburny, der in seinen Musestunden, da er an der Aufhebung der Massage-salons nicht interessiert ist, und wahrlich einlich auf einem Divan liegt, um den Traum zu träumen, wie das wäre, wenn er und der Pöbel und der Gajda die Diktatoren der Republik wären, verliest sein Geschäft glänzend. Er weiß, worauf es ankommt. Auf den Divan! Der Divan ist es, der den Leser des „Poledni list“ fesselt. Und deshalb stellt man in jedes Zimmer gleich einen hinein und umgibt dieses Möbelstück mit dem sanften Schimmer der Zweideutigkeit — Die armen Besitzer von Sofas und ähnlichen Ruhestätten! Sie müssen irre werden an sich selbst. So lange haben sie an sich und an ihrem Divan nichts entdecken können — und mit einem Male sind sie samt und sonders Wüstlinge.

Was soll man da tun? Der Jiri weiß es. Insuperieren! Wer seines Divans als moralisches Möbelstück nicht feines ist, der inseriere. Insuperation bedeutet Discretion!

Wenn auch nicht für lange Zeit — so doch für den Augenblick! Für den kritischen Moment — da eine Sache ans Licht kommt, die wie im vorliegenden Fall niemanden etwas angeht — wenn er der Angelegenheit nicht sozial gegenübersteht. So ein Möbel verdient zwischen K 20.— 400.— den Tag. Was verdienen die kleinen Wädeln in Fabriken und Betrieben? Wer ist da der Unzufriedenere? Der zur Prostitution treibt oder der sie ausübt. Gewiß, mit einigen Worten kommt man der Sache nicht bei, aber sie sollen immerhin zum Nachdenken anregen und den Menschen diesen Gedanken gegenüber milder stimmen. Keine Milde aber einem Blatt gegenüber, das von der Sensation und Prostitution — in welcher Form immer — lebt und wenn man mich fragen sollte, ob die Massage-salons oder die Boulevardpresse den Ruf einer Stadt mehr gefährden, dann antworte ich klar und bestimmt: „Die Boulevardpresse“.

Der Jgel.

## Heuschreden bei Wiener-Neustadt.

Wien, 26. Juni. Heute um Mitternacht ist bei Obereggendorf in der Nähe von Wiener Neustadt ein großer Heuschredenschwarm niedergegangen. Noch in der Nacht versuchte die Wiener-Neustädter Feuerwehr, den Schwarm durch Uebergießen mit Benzin, das sodann angezündet wurde, zu bekämpfen. Das Mittel erwies sich aber als unzureichend. Im Laufe des heutigen Vormittags wurde vom Landeshauptmann militärische Hilfe angefordert. Der Schaden dürfte beträchtlich sein. Ein Lastzug, der in einen auf einem Gelsee lagernden Heuschredenschwarm geriet, blieb stecken und konnte die Fahrt nicht fortsetzen.

## „Südtreuz“ unterwegs nach New York.

Harbour Grace, 26. Juni. (N.Y.) Das Flugzeug „Südtreuz“ ist heute zeitig früh nach New York gestartet, wo den mutigen Fliegern eine feierliche Begrüßung bereitet werden wird. Der britische Luftfahrt-Minister richtete an den Kapitän Kingsford Smith ein Glückwunschtelegramm.

Boston, 26. Juni. Die „Southern Cross“ überflog auf ihrem Fluge von Neufundland nach New York von einer großen Anzahl von Flugzeugen begleitet um vier Uhr 10 am. Zeit die Stadt.

„Zu vermieten.“ In einer Straße des Prager Zentrums steht seit einem halben Jahr ein großer Geschäftsräum mit allerhand Nebenräumen leer. Seit Monaten hängen die Zettel mit der Aufschrift „A Pronajmiti“ (zu vermieten) in den Auslagen. Kein Mieter findet sich. Dieser Tage hat der Hausherr ein übriges getan, sich einen Lackierer kosten lassen und an den Auslagenscheiben in großen Lettern die Ankün-

# Polizeibestien in Südslawien.

## Unerhörte Folterungen zur Erpressung von Geständnissen.

In der Stadt Großbetškerel im südslawischen Banat erscheint eine deutsche Wochenschrift „Neue Zeit“, deren Schriftleiterin Frau Hilde Holde Reiter, wie schon kurz berichtet wurde, kürzlich im Polizeigefängnis schwerste Mißhandlungen durch Polizeibeamte erdulden mußte. Sie und der gewesene deutsche Abgeordnete Dr. Wilhelm Reuner wurden einen vollen Monat in Polizeihaft festgehalten und dann, bei Belassung unter scharfer Polizeiaufsicht, auf freien Fuß gesetzt. Aus ihren Aussagen berichtet nun die „Frankfurter Zeitung“ folgendes:

Einige Amtspersonen in Großbetškerel erhielten vor kurzem in serbischer Sprache geschriebene anonyme Briefe, in denen über eine angebliche Jurisdiktion des Banates durch die Staatsregierung geklagt und die pathetische Frage aufgeworfen wird, ob man es denn darauf abgesehen habe, das Banat Rumänien oder etwa gar Ungarn in die Arme zu treiben. Aus diesen an sich belanglosen Briefen wurde von den Behörden eine Haupt- und Staatsaktion gemacht, und da das Briefpapier auf die Redaktionsstube der „Neuen Zeit“ hingedeutet schien, wurde die Schriftleiterin Hilde Holde Reiter am 15. Mai verhaftet und von 9 Uhr abends bis weit über Mitternacht in der Kanzlei des Polizeihauptmanns Malimovic zur Erpressung eines Geständnisses derart schwer mißhandelt, daß sie schließlich weder stehen konnte, sondern durch ihre Folterknechte in die Zelle des Polizeigefängnisses zurückgetragen werden mußte. Man hatte ihr nämlich die Hände mit eisernen Handschellen gebunden und über die Knie hingehängt, sodann einen Eisenstab durchgesteckt, die völlig hilflose auf den Rücken geworfen, ihrer Schuhe entledigt und die nackten Sohlen unbarmerherzig mit einem spanischen Rohr bearbeitet. Um ihre Hilferufe zu ersticken, stopfte man ihr einen schmutzigen Knebel in den Mund und verhäufte ihr überdies noch den Kopf mit einem Tuche. Da sie jedoch den Briefen vollkommen fern stand, konnte sie natürlich auch nichts darüber ansagen. Ihre wunden Hände und Füße aber wurden im Gefängnis mit Jod und essigsaurer Tonerde behandelt, worauf dann nach zwei Tagen das „Verhör“ durch den Polizeichef selbst, jedoch beziehungsweise in Gegenwart des mit dem verhängnisvollen Eisenstab bewaffneten Folterknechtes, fortgesetzt wurde. Hierbei wurde ihr auch zu erkennen gegeben, welches Geständnis man von ihr verlange; daß nämlich der gewesene Abgeordnete Dr. Wilhelm Reuner der Schreiber oder doch wenigstens der Urheber jener fragwürdigen Briefe sei. In ihrer Seelenangst

unterschied sie schließlich auch dieses Geständnis und wiederholte es sogar dem ihr gegenübergestellten Dr. Wilhelm Reuner ins Gesicht, worauf dieser gleichfalls verhaftet und in ein vollkommen lichtloses, von Schmutz und Ungeziefer strotzendes Polizeigefängnis gebracht wurde, in dem ihm nicht einmal die Möglichkeit einer täglichen Waschung geboten war. Fräulein Reiter widerrief später ihre Aussage und zeigte dem Polizeichef auch die erlittenen Mißhandlungen an, wurde aber von diesem darauf aufmerksam gemacht, daß die von ihr belasteten Beamten sich schwer an ihr rächen könnten.

Während dieser ganzen vierwöchigen Haft war von Freunden der Verhafteten jeder mögliche Versuch gemacht worden, Licht in die Sache zu bringen. Entgegen den gesetzlichen Bestimmungen wurden die polizeilichen Akten jedoch erst nach zwei Wochen auf wiederholtes Betreiben dem Staatsanwalt vorgelegt, und als dieser daraufhin telegraphisch die sofortige Entlassung verfügte, wurde statt dessen bei Dr. Reuner, der ein angesehenen Rechtsanwalt ist, eine neuerliche Hausdurchsuchung vorgenommen, die ebenso ergebnislos verlief wie alle vorangegangenen. Dennoch bedurfte es immer noch weiterer Anstrengungen, um nach einem vollen Monat die Entlassung durchzusetzen. Gegenwärtig befinden sich beide auf freiem Fuß, stehen aber unter scharfer Polizeiaufsicht, obwohl ihnen keinerlei Zusammenhang mit jenen ominösen Briefen nachgewiesen werden konnte. Gleich nach ihrer Entlassung hat Hilde Holde Reiter nicht nur ihre erprehten Geständnisse widerrufen, sondern auch die Strafanzeige gegen die beamteten Folterknechte erstattet und gleichzeitig den Ministerpräsidenten Schiwomitsch von allem Vorgefallenen in Kenntnis gesetzt. Man darf nun gespannt sein, ob die Regierung in diesem haarsträubenden Falle den schwergekränkten Deutschen Genugtuung geben oder es dabei bewenden lassen wird, daß die Greuel des Prager Polizeigefängnisses, die, wie der Kroatenprozeß enthüllt hat, auch schon in Agram ihren Einzug gehalten haben, nunmehr auch gegen die Deutschen im Banate in Anwendung gebracht werden sollen.

Mit Jugoslawien, in dem solches möglich ist, verbinden uns besondere freundschaftliche Beziehungen. Soeben weist unser Minister für nationale Verteidigung mit einer Delegation unserer Armee dort zu einem Besuche, desgleichen besuchen zweieinhalb Tausend demokratische Soldaten siehe die Notiz: „Die Soldaten als Jurreiber der jugoslawischen Polizei“ den faschistischen Staat, um ihm ihre Referenz zu erweisen . . .

**Untersuchung in Lübeck.** Nachdem in den letzten Tagen eine gewisse Besserung bei den mit dem Tuberkulosepräparat gesättigten Säuglingen in Lübeck festzustellen war, sind in der letzten Nacht von den schwerkranken Kindern wieder zwei gestorben, so daß sich die Zahl der Todesopfer auf 44 erhöhte. Der Oberstaatsanwalt hat auf Grund der bisher bei der Oberstaatsanwaltschaft vorliegenden Untersuchungsergebnisse wegen der Calmette-Fütterung in Lübeck nunmehr die Voruntersuchung gegen Obermedizinalrat Dr. Alstaedt sowie gegen die Professoren Dr. Deyde und Klop, ferner gegen die Laboratoriums-chwester des Professors Dr. Deyde beantragt. Die Voruntersuchung gegen die vorgenannten Personen ist inzwischen vom Untersuchungsrichter eröffnet worden.

**Gasvergiftung eines Liebespaares im Badezimmer.** Gestern morgens wurde in einem Hause in Prag-Zizkow bemerkt, daß aus einer Wohnung, die ein Prager Beamter inne hatte, Gas ausströmte. Als man die Tür aufbrach, fand man im Badezimmer einen jungen Mann und ein junges Mädchen durch Gas tödlich vergiftet vor, das dem Badezimmer entströmte. Man stellte fest, daß es sich um einen 28jährigen Ingenieur und um eine 23jährige Kontoristin, beide aus Prag, handelt.

**Schüre über die staatliche Unterstützung für Wohnungsbauten.** Das Ministerium für soziale Fürsorge hat eine Broschüre über die Unterstützung nach dem neuen Gesetz über die Baubewegung herausgegeben, die in einer jedermann zugänglichen Form die Bedingungen für die Erlangung der Unterstützung erläutert und auch Ratsschlage für die Erlangung der Unterstützung sowie Muster von Gesuchen enthält. Die Broschüre ist bei der Hissämterverwaltung des Ministeriums für soziale Fürsorge in Prag II., Palackého nám. 4, um den Betrag von 2 K erhältlich. Der Betrag kann auch in Marken eingesendet werden.

**Frau Lang weiß von nichts?** Die Hausmeisterin Lang, die unter dem Verdachte verhaftet wurde, an dem Morde der Frau Burger beteiligt zu sein, besteht weiter auf der Behauptung, von dem Morde nichts zu wissen. Dagegen gibt sie zu, während der entscheidenden Zeit zweimal bei der Wohnung der Ermordeten gewesen zu sein und dort angelockt zu haben, weil sie, wie sie sagt, Wäsche abholen wollte.

**Die Jahrtausendfeier des isländischen Parlaments** wurde am Donnerstag in Reykjavik mit einem Gottesdienst eingeleitet, dem

# Lodernde Flammen.



Die Umgestaltung der Arbeiterfeste hat in dem Nachkriegsjahrzehnt bedeutende Fortschritte gemacht. Es ist das zweifelhafte Verdienst der sozialistischen Jugend, hier bahnbrechend gewirkt zu haben und durch Sprechhöre und Festspiele ihren Festen einen weitaus anderen

Charakter gegeben zu haben. Dieser Umgestaltungswille hat starke Anziehungskraft auch auf die Unentschiedenen ausgeübt, wertvolle Begabung da und dort gewedt und in den Dienst der Arbeiterkulturbewegung gestellt. Der Wiener Maler Viktor Th. Slama hat nun schon der jüdisch-deutschen Arbeiterbewegung zum zweiten Male ein Massenspektakel geschenkt, das in passender Form Schicksal und Befreiungswille des Proletariats darstellt. Vorbildes das Festspiel am Karlsbader Reichsarbeiterfest den Mittelpunkt dieses Festes, so wird das Festspiel „Lodernde Flammen“, das am Samstag-Abend, bei Einbruch der Dunkelheit aufgeführt wird, einer der Höhepunkte des Bundes-Turnfestes sein.

Licht, viel Licht, gleichendes Licht, Licht aus launend brennenden Fackeln und lodernden Flammen werden Symbol des Festspiels sein. Im wesentlichen gruppiert sich das Festspiel um sechs Lieder: das Lied vom Hammer und Ambos, Lied vom Fahrrad, Lied von der roten Fahne der Empörung, Lied von der Flamme der Freiheit, Lied von der Waffe. Ein Vorspiel, mit dem Lied der Wogenschiffer „Es nehmen“ eingeleitet, schildert Elend, Not und Unterdrückung des Proletariats. Gequälte Arbeiterhaufen schleppen ihre immernüden Leiber zur Arbeit. Hämmer dröhnen. Arme reden sie in Empörung zum Himmel. „Frei sei der Mensch.“ In das Dröhnen der Hämmer mischt sich das Säusen der Räder, das Klatschen der Riemen, Schreien der Sirenen. Die Marschmusik springt auf, ruft die Arbeitermänner um die rote Fahne. Schwingende Fahnen und flackernde Lichter erfüllen die Szene. Auf den Bergen flammt Licht, ergießt sich in breitem Strom in das Spielfeld. Feuerzüge wirbeln. Fahnen und Fackeln erheben sich in taumelnder Freude zum Schwur. Dann quillt, von tausend Stimmen getragen, das „Lied der Arbeit“ über den Platz.

In diesem wahrhaft begeisternden Spiel hat Leo Franz ebenfalls Musik geschrieben. Ueber Variationen von Arbeiterliedern schwingt sich der Rhythmus der Arbeit, Klirren der Maschinen, Klatschen der Riemen, Säusen der Räder, Fischen der Benille. All die Geräusche werden von einem Geräuschorchester dargestellt, das den Klängen des Theaterorchesters angegliedert ist. Die Bewegung des Spieles hat Franz Grasse zusammengefaßt. Träger der Handlung sind Gruppen der Turner und Turnerinnen aus den Bezirken Bodenbach, Teplitz und Aussig. Erläutert wird das Spiel durch Sprechhöre der Jugendlichen des nordböhmischen Kreises und der Bezirke Teplitz, Dug und Brüx und durch die Aussiger Volkssingergemeinde. Dem Leiter des Spieles, Genossen Slama, steht ein Stab technischer Mitarbeiter zur Seite, der schon seit Wochen bemüht ist, all die hundertfältigen Requisiten, die das Festspiel erfordert, zusammenzutragen.

Es ist zu hoffen, daß die gewaltige Mühe um die Vorbereitung und das Studium am Festtage seine Belohnung durch starke Beteiligung der Gäste findet.

das dänische Königspaar, der Kronprinz von Schweden, die isländische Regierung, der Althing, die parlamentarischen Vertreter der ausländischen Mächte, darunter die Vorsitzenden der beiden Kammern der tschechoslowakischen Nationalversammlung Malypetr und Dr. Soutup sowie eine tausendköpfige Schar von Isländern bewohnte. Nach dem Gottesdienst wurde beim sogenannten „Berg des Geseges“ (Loobjerget) die isländische Nationalhymne angestimmt, worauf Ministerpräsident Thorhallson die ausländischen Gäste willkommen hieß und ihnen für ihr Erscheinen dankte. In seiner Rede legte Thorhallson u. a. dar, daß die isländische Republik vor 1000 Jahren ohne Schwertschlag gegründet wurde und, dem Wunsche aller freien Männer folgend, von Anfang an als das friedlichste und geordneteste Gemeinwesen zu Tage trat.

**Mit dem Auto ins Meer.** Ein 25jähriger Chauffeur in Anoro (Sardinien) wollte ein Auto zum Transport auf das Festland zum Schiffe führen. Er versetzte jedoch die Straße, der Kraftwagen geriet über die Hafenmauer mit voller Kraft ins Meer und ging unter. Trotz aller Bemühungen konnte der Lenker nur als Leiche geborgen werden.

**Der Gänserich als Lebensretter.** In Morungen bei Sangerhausen fiel ein zweijähriges Kind in einen Teich, der zwar nicht tief, aber sehr morastig ist. Ein dort befindlicher Gänserich erinnerte sich augenscheinlich der unsterblichen Tat seiner Vorfahren am römischen Capitol, ließ schreiend und schnatternd auf die Straße und benahm sich so auffallend, daß Vorübergehende ihm folgten und das Kind im letzten Augenblick vor dem Ertrinken retteten.



